

Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen *Veranstaltungsbericht*

Ehrenmorde und Zwangsheirat – diese extremen Formen von häuslicher Gewalt beschäftigen seit geraumer Zeit die Medien und werden nicht selten als Argument gegen Einwanderung genannt. „Häusliche Gewalt“ gehört zu den Schwerpunktthemen des Forums Politik und Gesellschaft. Mehrfach wurde dabei auch die spezifische Situation von Migrantinnen beleuchtet, so beispielsweise auf einer internationalen Konferenz zu Schutz für Mädchen und junge Frauen aus dem islamischen Kulturkreis vor familiärer Gewalt, bei der Erfahrungsberichten aus der Türkei, Österreich, Großbritannien, Niederlande Schweden und Frankreich im Vordergrund standen. Im letzten Jahr wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Berlin eine Fachkonferenz zur Zwangsehe durchgeführt (vgl. *FES-Info 4-05*).

Jenseits der Debatten um Kopftuchverbot, Ehrenmord und Zwangsverheiratung stand am 22. Februar das Thema „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen“ im Fokus der Diskussion, zu der das Forum in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Berliner Landeskommision gegen Gewalt eingeladen hatte. Über 350 Teilnehmer/innen begrüßte Christine Bergmann, Mitglied im Vorstand der FES und ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dieser Veranstaltung und erinnerte unter anderem an die Vereinbarungen der Pekinger Weltfrauenkonferenz, die die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in ihr Aktionsprogramm aufgenommen hat. Im Rahmen des Berliner Aktionsplan gegen häusliche Gewalt gibt es vor allem noch Handlungsbedarf im Bereich der Täterarbeit und des Schutzes von Migrantinnen vor Gewalt, so Staatssekretär Ulrich Freise.

Dass machen auch verschiedene aktuelle Studien sehr deutlich. Als Ursache für das späte Aufgreifen der Problematik, sieht Renate Augstein, stellvertretende Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Gefahr des Missbrauchs in der politischen Debatte: Allzu schnell wird dieses Thema dazu genutzt, Migranten als gewalttätig und gefährlich einzustufen. Gleichzeitig dürfe Gewalt keineswegs toleriert und entschuldigt werden, sondern müsse sichtbar gemacht werden, damit reagiert werden kann.

Eine aktuelle Studie des Ministeriums zur Lebenssituation von Frauen in Deutschland zeigt die überproportionale Inanspruchnahme von Frauenhäusern durch Migrantinnen auf. Jede sechste türkische Migrantin, jede 13. Migrantin aus der ehemaligen UDSSR und jede 18. deutsche Frau - so das Ergebnis der Studie – wurde mit häuslicher Gewalt konfrontiert.

Die Befragungen machen deutlich, so die Projektleiterin, Dr. Monika Schröttle, dass es keinen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Schichtzugehörigkeit und der Häufigkeit von Gewalt an Frauen gibt. Entscheidend sei vielmehr die Bildungsdiskrepanz zwischen den Partnern.

Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Interventions- und Präventionsarbeit? Berlin dürfte hier mit dem „BIG-Interventionsprojekt“ und der „BIG-Hotline“ Vorreiter sein: Hier wird nicht nur Beratung vor Ort angeboten (und diese zu 50% von Migrantinnen nachgefragt), sondern auch „proaktiv“ auf entsprechende Hinweise von Nachbarn oder Polizei reagiert. Faktoren, die die Beratungsarbeit mit Migrantinnen erschweren sind laut Irma Leisle, Koordinatorin bei der BIG-Hotline: mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, wenig Kenntnisse der Frauen mit Migrationshintergrund über professionelle Unterstützungsmöglichkeiten, unklarer bzw. vom Ehemann abhängiger Aufenthaltstatus und spezifische Gewaltformen wie Zwangsverheiratung und Ehrenmorde. Neben einem zentralen Sprachvermittlungsdienst müssen daher die Unterstützungsangebote bei Migrantinnen noch besser bekannt gemacht, ein schneller Zugang zur kostenlosen Rechtsberatung ermöglicht werden und die Beratungsarbeit

in der Lage sein, die spezifische Lebenssituation der jeweils von Gewalt betroffenen Frau zu berücksichtigen. Zu kurz käme außerdem die Arbeit mit Kindern, kritisierte Rada Grubic´, Vorstandsmitglied des interkulturellen Frauenhaus in Berlin. Sie forderte außerdem ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen involvierten Institutionen. In Hannover existiert ein „Männerbüro“, das auch Täterarbeit mit türkischsprachigen Männern anbietet. Die Erfahrungen der beiden Leiter/in Gül Anna Minci und Ergün Arslan zeigen allerdings, dass diese Arbeit noch sehr am Anfang steht und von Männern mit türkischem Hintergrund deutlich weniger in Anspruch genommen wird, als von deutschen, die häufig von ihren Partnerinnen zu Kursen angemeldet werden.

Die Arbeit mit Tätern und die Bekämpfung der Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund steht daher auch im Zentrum des Berliner Aktionsplans, führte Staatssekretärin für Arbeit und Frauen der Berliner Senatsverwaltung aus. Sie schlug vor, die Strategien anderer europäischer Länder gegen Gewalt an Migrantinnen zu studieren. Der Berliner Landesbeauftragte für Integration und Migration, Günter Piening forderte ein strategisches Bündnis zu den Themen Integration, Gleichstellung und Antigewalt. Hinderlich für die Debatte, so Piening, seien der Missbrauch des Tatbestands Gewalt gegen Frauen in Familien mit Migrationshintergrund, als Argument gegen Einwanderungen und forderte eine stärkere Debatte darüber. Ahlers und Piening begrüßten die Vernetzung mit Migrantorganisationen.

Deutlich ist auf der Konferenz zweierlei geworden: Das Ausmaß an häuslicher Gewalt gegen Migrantinnen ist zwar vergleichsweise höher, als das gegen deutsche Frauen, aber es ist in erster Linie weniger ein Problem eines signifikant höheren Ausmaßes, sondern eines, das zum einen in der politischen Debatte zu oft missbraucht wird, daher zu spät auf die politische Agenda gekommen ist und dessen Bekämpfung zusätzliche Instrumente benötigt, die Geld kosten. Keinen Zweifel aber ließen Diskutanten und Publikum daran, dass in einer demokratischen Kultur wie der deutschen die Durchsetzung der Menschenrechte für alle Bürger , beiderlei Geschlechts und jeder Herkunft, oberstes Gebot sein muss.